



Lasst uns retten

Wen haben wir mit unseren Steuergeldern schon alles gerettet, was wirtschaftlich, aus welchem Grunde auch immer, in Schieflage geriet. Selbst wenn es nicht höhere Gewalt, sondern Missmanagement war. Was ist jetzt beim Gas anders? Warum müssen wir Bürgerinnen und Bürger Unternehmen stützen, die in Schieflage geraten könnten?

Rund 2,4 Cent pro Kilowattstunde soll die Gasumlage von Oktober an betragen, meldet die *tagesschau*. Noch nicht klar ist, ob auch noch die Mehrwertsteuer obendrauf kommt. **Christian Lindner** hat gestern tatsächlich im **ZDF** gesagt, das „wir“ nicht an der MWSt. verdienen wollen. Wer ist „Wir“? Meint er „sein“ Ministerium, also „seine“ Steuer? Ob die nun erhoben werden muss oder nicht, entscheidet Brüssel. Mal wieder so ein schönes Beispiel dafür, wie sehr wir uns von der EU abhängig machen und Stück für Stück die Souveränität aufgeben und gleichzeitig andere Mitgliedsstaaten Rechtsstaatlichkeit und freie Meinung abschaffen.

„Mit der Umlage sollen Gasversorger gestützt werden, die wegen der stark gedrosselten Gaslieferungen aus Russland nun anderswo Gas zu deutlich höheren Preisen einkaufen müssen. Sie haben eine Lieferpflicht gegenüber ihren Kunden, dürfen die Mehrkosten bislang aber nicht weitergeben. Mit der Umlage sollen bis zu 90 Prozent dieser Mehrkosten aufgefangen werden. So sollen Pleiten der Versorger und damit letztlich Lieferausfälle vermieden werden.“

Es ist das wirtschaftliche Risiko eines Unternehmens, wenn es langfristige Verträge zu Festpreisen abschließt und die Kosten zwischenzeitlich steigen. Das habe ich schon im ersten Jahr meiner Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann gelernt. Meine Bank kann mir auch nicht einfach so den fest vereinbarten Zinssatz für einen Kredit erhöhen, nur weil der Leitzinssatz inzwischen gestiegen ist. Freie Marktwirtschaft bedeutet Risiko. **Shell** und **RWE** verzichten auf die Einnahmen aus der Gasumlage, weil sie ohnehin schon genug an uns verdient haben. Sehr ehrenwert. Andere können das offenbar nicht.

Es wäre natürlich unschön, wenn ein Stadtwerk pleiteginge, weil die Einnahmen aus dem Gasverkauf geringer sind als die Einkaufskosten. Kann denn ein Stadtwerk überhaupt bankrottgehen? Der Staat würde einspringen. Die ganze Geschichte mit der Gasumlage stinkt wie das Gas selbst. Und die Verbraucher sind die Dummen, so oder so.

„Die Grünen fordern zeitgleich zur Einführung der Gasumlage Anfang Oktober weitere Entlastungen für die Bürger.“ Schön. Rettet doch die Gasverkäufer gleich selbst, ohne den Umweg über uns.

Man kann vom Neun-Euro-Ticket halten was man will, aber meine VBB-(Rentner)-fahrCard, die monatlich 52 Euro kostet, hat mir im Juni, Juli und August eine Ersparnis von 129 Euro gebracht. Das ist ja schon mal was, das sich fortsetzen ließe.

Was von der 300-Euro-Energiepauschale, die im September gezahlt wird, übrigbleibt, wissen wir erst im nächsten Jahr nach Eingang des Steuerbescheids. Rund die Hälfte sollte man sicherheitshalber zurücklegen für die steigenden Energiekosten.

Es ist an der Bundesregierung, die Bürger nicht in der kalten Bude allein zu lassen. Mich freut für **Kevin Kühnert**, dass er zu den Menschen gehört, die sich die Gasumlage leisten können. So jedenfalls hat er sich heute Morgen im **InfoRadio** geäußert, allerdings nicht ohne zu erwähnen, dass für die vielen, die sich das nicht leisten können, etwas getan werden muss.

Ganz einfacher Ratschlag. Lasst das mit der Gasumlage sein und rettet auf unsere Kosten wen ihr wollt. Die höheren Energiepreise, die nach dem Auslaufen von Festverträgen auf uns zukommen, müssen wir ohnehin bezahlen, und das ist bitter genug.

Ed Koch